



Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz

Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz am 15. September 2022

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67
in 18437 Stralsund

Sitzungsdauer: 17:00 - 18:10 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Christian Griwahn

Ausschussmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Alexander Benkert
Herr Ingolf Dinse
Herr Dirk Ewert
Herr Stefan Giese
Herr Manfred Keller
Herr Wolfgang Meyer
Frau Christiane Müller
Herr Gerd Scharmberg
Herr Dario Seifert
Herr Ingo Trusheim

Stellvertreter/-in

Herr Andre Meißner
Herr Werner Willmes

Vertretung für Herrn Heinke
Vertretung für Herrn Niehaus

Von der Verwaltung

Herr Bastian Köhler
Herr Leon Pfister
Herr Markus Zimmermann

Protokollführung
SB Katastrophenschutz
FDL Ordnung

Es fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Benjamin Heinke
Herr Dirk Leistner
Herr Dirk Niehaus

entschuldigt
unentschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 12. Mai 2022
5. Änderung der Protokollführung im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz BV/3/0379
6. Vergabe der Pauschalzuweisung aus der Feuerschutzsteuer 2022 BV/3/0382
7. Allgemeine Informationen zur Gasmangellage
8. Anfragen
9. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Griwahn eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz mit 12 von 15 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Anmerkungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 12. Mai 2022

Anmerkungen zu der Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Herr Scharmberg nimmt an der Sitzung um 17:02 Uhr teil. (13/15)

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz stimmt der Niederschrift vom 12. Mai 2022 einstimmig mit zwei Enthaltungen zu.

5. Änderung der Protokollführung im Ausschuss für Prävention, Brand- und

Anmerkungen zu der Beschlussvorlage werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz beschließt:

1. Herr Marcus Hanusch wird aus der Funktion des Protokollführers und Herr Bastian Köhler aus der Funktion des stellvertretenden Protokollführers für die Sitzungen des Ausschusses für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz abbestellt.
2. Herr Bastian Köhler wird als Protokollführer für die Sitzungen des Ausschusses für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz bestellt.
3. Frau Manuela Redlich wird als stellvertretende Protokollführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz bestellt.

6. Vergabe der Pauschalzuweisung aus der Feuerschutzsteuer 2022
Vorlage: BV/3/0382

Herr Zimmermann erläutert die vorliegende Beschlussvorlage zur Vergabe der Pauschalzuweisung aus der Feuerschutzsteuer 2022.

Des Weiteren habe das Land M-V dieses Jahr eine dritte Rate zur Vergabe angekündigt. Die Höhe der Finanzmittel sowie den konkreten Zeitpunkt wurden bisher nicht bekannt gegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Trusheim führt **Herr Zimmermann** aus, dass die Stadt Grimmen bei der Vergabe der Feuerschutzsteuer im Jahr 2021 etwas weniger als die anderen DLK bewilligt bekommen habe. Aus Gründen der Gleichbehandlung der Städte Ribnitz-Damgarten und Grimmen sowie der Gemeinden Zingst und Samtens solle in diesem Jahr der Ausgleich erfolgen. (Verweis auf Nr. 4 in der Anlage 1 der Beschlussvorlage)

Weiterhin erklärt **Herr Zimmermann**, dass im Rahmen der Vergabe der Sonderbedarfszuweisung (SBZ) vom Land M-V der Förderbescheid an die Gemeinden erst zugesichert werden könne, wenn die anderen Drittel-Finanzierungen feststehen würden. Der Landkreis könne keine Zusage für die Mittel aus der Feuerschutzsteuer geben, wenn die SBZ vorher beantragt wurde, aber noch keine Vergabe erfolgt sei. Durch enges Zusammenwirken mit dem Referat 31 des Ministeriums würden die Gemeinden die Zusagen vom Land M-V für die SBZ jedoch erhalten.

Herr Griwahn führt aus, dass die Gemeinden es schwer haben würden, beim Land M-V die SBZ zu beantragen, da viele Gemeinden mit ihren Jahresabschlüssen leider noch in Rückstand sind.

Herr Scharmberg erläutert, dass die SBZ nur bewilligt werden, wenn die

beantragende Gemeinde die Erfüllung ihrer pflichtigen Aufgaben nicht aus eigenen Finanzmitteln schaffe. Die Jahresabschlüsse würden als Nachweis für die Beantragung gebraucht.
Weiterhin sei für eine gute und situative Verteilung der technischen Mittel nicht nur der Landkreis, sondern auch der Kreisfeuerwehrverband angehalten.

Frau Müller nimmt an der Sitzung um 17:11 Uhr teil. (14/15)

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz stimmt der vorliegenden Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz empfiehlt dem Kreisausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Kreisausschuss Vorpommern-Rügen beschließt die Vergabe der Feuerschutzsteuermittel und die Vergabe des Zuschusses des Landkreises für Investitionen der Gemeinden in den Brandschutz des Jahres 2022 entsprechend der in der Begründung vom Fachgebiet Brand- und Katastrophenschutz im Zusammenwirken mit der Kreiswehrführung des Landkreises Vorpommern-Rügen aufgeführten Vergabeliste.

7. Allgemeine Informationen zur Gasmangellage

Herr Zimmermann erläutert die allgemeine Gasmangellage und führt aus, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen als untere Katastrophenschutzbehörde die Koordinierung der sehr komplexen und umfangreichen Aufgaben in Zusammenarbeit mit dem Land M-V und den Kommunen des Landkreises ausübe. Hierbei handle es sich um Aufgaben der Daseinsvorsorge bzw. des Zivilschutzes, welche in den letzten Jahrzehnten nicht prioritär behandelt wurden.

Ende Juni 2022 habe der Landkreis die 1. Fachliche Weisung des Landes M-V bekommen, sich über die die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr Gedanken zu machen und dazu mit den einzelnen Kommunen in Gespräche zugehen. Ziel sei es, die Kommunen auf die Möglichkeit des Eintretens einer Gasmangellage zu sensibilisieren.

Der Landkreis habe dahingehend eine Projektgruppe „Gasmangellage“ gegründet. Weiterhin erhalte man personelle Verstärkung aus anderen Bereichen der Verwaltung des Landkreises. Derzeit habe der Bereich Katastrophen- und Zivilschutz insgesamt 2 Personalstellen (VZÄ). Eine weitere Personalstelle sei ausgeschrieben.

Seit 2. September 2022 gehe der Landkreis in intensive Einzelgespräche mit den Ämtern und Gemeinden. Im Vordergrund stehe die Umsetzung der bevorstehenden Aufgaben mit der kommunalen Ebene, die Feststellung von Arbeitsschwerpunkten und die Sensibilisierung in allen relevanten Bereichen zu erreichen. Beispielsweise sei die Aufrechterhaltung der zwingend erforderlichen staatlichen Strukturen der

einzelnen Verwaltung sowie die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr sicherzustellen. Die Ämter und Gemeinden seien dahingehen angehalten, sich u.a. Gedanken über die Sicherstellung des Gerätehauses der Feuerwehr, Treibstoffreserven für Einsatzfahrzeuge etc. zu machen.

Des Weiteren sei die Frage der Krisenkommunikation besprochen worden. Es müsse gegebenenfalls Alternativen neben dem Digitalfunk, beispielsweise Satellitentelefon, überlegt werden. Beispielhaft führt **Herr Zimmermann** einen Zeitungsartikel des Amtes Mönchgut-Granitz auf, welches eigenständig Maßnahmen ergriffe habe.

(siehe Anlage: Artikel Notfallplan Mönchgut-Granitz)

Weiterhin werde in den Medien die Thematik der Wärmeinsel diskutiert. Diese Überlegungen habe der Landkreis in seine Beratung erst mal mitaufgenommen. Dies bedeute jedoch nicht, dass eine Wärmeinsel mit Notunterkünften im Sinne einer krisenhaften Notunterbringung für die Bürger/innen gleichzusetzen sei.

Herr Giese erfragt, ob der Landkreis Speicherkapazitäten für Gas habe und wem die Speicher gehören würden.

Herr Zimmermann führt aus, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen kein Standort für einen Gasspeicher sei. Im Land M-V gebe es Gasspeicher, aber der Eigentümer sei ihm nicht bekannt.

Herr Willmes führt aus, dass der Landkreis sich lediglich in Beratungen zu einem möglichen Szenario befinde, aber bei einem Eintreten der Gasmangellage bis hin zum Blackout nicht genügend vorbereitet sei.

Herr Griwahn erklärt, dass der Landkreis nicht allein verantwortlich sei. Vielmehr seien wie im Beispiel des Amtes Mönchgut-Granitz die Gemeinden, Ämter und Städte in der Eigenverantwortlichkeit gefragt. Der Landkreis könne koordinativ aktiv werden und die Kommunen zu bestimmten Situationen beraten.

Herr Scharmberg teilt mit, dass in seinem Amt über diese Thematik ausreichend diskutiert wurde. Unverständlicherweise sei die Priorität anfangs auf die Sicherstellung der Verwaltung gelegt worden. Den Verantwortlichen sei gar nicht bewusst, was u.a. ein Stromausfall für die Bevölkerung bedeuten würde. Es käme u.a. zu Ausfällen in der Kommunikation sowie bei der Bereitstellung von Dienstleistungen/Nahrungsmitteln, sodass das gesellschaftliche Leben nicht aufrechterhalten werden könne. Ihnen seien die Auswirkungen eines Blackouts überhaupt nicht klar.

Herr Seifert erläutert, dass der Ausschuss vor einem Jahr bereits bei einer Sitzung beim THW über eine solche Notfallsituation beraten habe und ein Jahr später keine Fortschritte zu erkennen seien.

Weiterhin habe der Innenminister von M-V erklärt, dass die Landkreise aufgefordert wurden, u.a. Schutzmaßnahmen zutreffen und das Land M-V in ständigem Austausch mit den Landkreisen stehe. Laut Medienberichten seien bislang zwei Landkreise dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Fraglich sei hier, ob der Landkreis Vorpommern-Rügen seinen Pflichten nachgekommen sei und wie die Kommunikation mit dem Land M-V ablaufe.

Herr Zimmermann führt aus, dass der Landkreis ständig im Austausch mit den kreisfreien Städten und dem Land M-V sei. Vertreter des Landkreises Vorpommern-Rügen würden wöchentlich an der Sitzung des Landkoordinierungstabes teilnehmen.

Die Unterlagen mit dem Land M-V werden bearbeitet, Rückschlüsse gezogen und entsprechend umgesetzt.

Herr Dinse bedankt sich für die Ausführungen und Diskussionen zu dieser Thematik. Dennoch solle man Vertrauen in die Verantwortlichen bzw. in die Arbeitsgruppen haben, da niemand vorhersagen könne, wie sich die Lage entwickelt.

Herr Adomeit erklärt, dass Deutschland bei einem Blackout die Lage nicht unter Kontrolle haben werde. Die Sanktionspolitik sei für Deutschland von Anfang an nicht machbar gewesen. Die Sanktionen müssen zum Schutz der Bevölkerung aufgehoben und Nordstream 2 geöffnet werden.

Herr Scharmberg erläutert, dass bei der damaligen Sitzung beim THW nicht über Kriegssituationen oder Gasembargos beraten wurde. Vielmehr sei über Störungen in der kritischen Infrastruktur, beispielsweise durch Hackerangriffe etc., diskutiert worden. Der Fokus lag auf der Sicherstellung von kleinen Gebieten und nicht von einem ganzen Bundesland. Heute habe man eine ganz andere Situation und sei schwer abzuschätzen, was passiert, wenn die jeweilige Situation eintrete. Es müsse auch bedacht werden, was die Entscheidungen der Regierungen mit der Bevölkerung machen.

Frau Müller teilt mit, dass die Ausführungen von Herrn Zimmermann für sie nicht konkret genug seien. Sie könne nicht sehen, welchen Stand der Landkreis aktuell im Umgang mit der Situation habe.

Herr Zimmermann führt zu den aktuellen Maßnahmen des Landkreises aus, dass mit den einzelnen Ämtern, Gemeinden und Städten u.a. die Abstimmung im Rahmen der Krisenkommunikation, die Betrachtung von möglichen Auswirkungen einer Gas-/Strommangellage u.a. auf den Sektor Strom, Sektor Gas, Sektor Wasser, Sektor Abfallentsorgung, Sektor Gesundheit oder Sektor Lebensmittelversorgung. Jeder dieser kritischen Sektoren müsse für jede einzelne Kommune in Rücksprache mit der Kommune betrachtet, ausgewertet und beraten werden. Nicht alle Bereiche seien in Eigenverantwortung des Landkreises, sondern seien auch Aufgaben zur Sicherstellung durch den Bund bzw. in der Eigenverantwortung der Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Des Weiteren empfiehlt **Herr Zimmermann**, sich mit den Gesetzlichkeiten des Zivilschutzes ganz allgemein und mit dem Sicherstellungsgesetz im Speziellen auseinanderzusetzen. Dabei werde ersichtlich, welche Aufgaben in welcher Situation zu bewältigen und wie die Zuständigkeiten seien.

Weitere Anmerkungen werden nicht vorgetragen.

8. Anfragen

Herr Adomeit bittet die Verwaltung die zuständigen Personen des Deutschen Roten Kreuzes e.V. (DRK) einzuladen, um im Rahmen des Zivilschutzes über die Bestände der Nahrungsmittelvorräte, Betten, Zelte etc. zu informieren.

Herr Zimmermann erklärt, dass es mehrere Kreisverbände des DRK geben würde und der Landkreis Vorpommern-Rügen im Rahmen der Katastrophenschutzeinheiten (KSE) der Betreuungs- und Sanitätszüge im Landkreis mit weiteren Hilfsorganisationen, beispielsweise Arbeiter-Samariter-Bund, zusammenarbeite. Der Landkreis habe eine Übersicht, welche Bestände und Vorräte die KSE vorhalten

würden. Diese werde er für die nächste Sitzung des Ausschusses vorbereiten. Das Vorhalten solcher Maßnahmen sei nicht Aufgabe des Katastrophenschutzes und falle unter den Aspekt des Zivilschutzes.

Herr Scharmberg führt aus, dass der Landkreis für die Koordination der KSE verantwortlich sei und es nicht zielführend sei die anderen Organisationseinheiten einzuladen. Der Landkreis stelle u.a. die Räumlichkeiten für die Organisation und sei daher auskunftsfähig. Bedenklich sei jedoch die personelle Situation in diesen Organisationen.

Des Weiteren erläutert **Herr Scharmberg**, dass am letzten Montag ein rotes Licht auf dem Darß gesehen worden sei und dies als typisches Seenotsignal gedeutet wurde. Anschließend seien Einsatzkräfte der Feuerwehren Ahrenshoop, Dierhagen und Wustrow sowie die DGzRS (Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger) am Standort Wieck alarmiert worden. Das Vorort stationierte kreisliche Mittel nicht alarmiert wurden, sei fragwürdig. Auf Nachfrage bei der Leitstelle seien die drei bereits eingesetzten Boote ausreichend gewesen. Es sei nicht akzeptabel, dass eine solche Ferndiagnose bei einer solchen unklaren Einsatzlage abgegeben werde. **Herr Scharmberg** bitten Herrn Zimmermann diesen Vorfall nochmals in der Verwaltung aufzuarbeiten. Zukünftig müssen bei solchen Gefahrenlagen vor allem die kreislichen Mittel unterstützend mitwirken.

Weitere Anfragen werden nicht vorgetragen.

9. Mitteilungen

Herr Griwahn erklärt, dass auf der nächsten Sitzung Herr Thomas die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen vorstellen werde.

Weiterhin werden auf der nächsten Sitzung die Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2023 besprochen.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Griwahn bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Ausschusssitzung um 18:10 Uhr.

06.10.2022, gez. Christian Griwahn

Datum, Unterschrift
Ausschussvorsitzender

06.10.2022, gez. Bastian Köhler

Datum, Unterschrift
Protokollführer

Strom und Gas weg: Notfallplan für den Ernstfall

Wenn die Lichter ausgehen und es kalt wird:

Einsatzstab im Amt Mönchgut-Granitz bereitet Maßnahmenkatalog für den Südosten der Insel vor.

Von Gerit Herold

Rügen. Im Südosten der Insel Rügen bereitet man sich intensiv auf einen möglichen Supergau bei der Energieversorgung vor. Was tun, wenn Strom und Gas wegbleiben? Wie dann die kritische Infrastruktur am Leben gehalten wird, welche Fahrzeuge noch betankt und wie viele Netzersatzanlagen und mobile Tankstellen gebraucht werden, was mit Intensivpatienten geschieht, die zu Hause betreut werden, wo Schüler zentral beschult und Wärmeräume für die Bevölkerung eingerichtet werden können, wie die Kommunikation laufen soll – für all das erarbeitet das Amt Mönchgut-Granitz seit Wochen einen Notfallplan. Dabei gehe man vom schlimmsten Szenario aus, so Arne Fründt, Leitender Verwaltungsbeamter des Amtes Mönchgut-Granitz. „Einem Blackout, der sich Schritt für Schritt innerhalb von 48 Stunden aufbaut.“ Man stelle sich auf den Worst Case ein, um auch für den härtesten der Fälle gerüstet zu sein. „Man hofft ja nie, dass der Krisenfall eintritt, aber so muss man denken“, so Fründt, der mit Energieengpässen ab Februar/März nächsten Jahres rechnet.

Einsatzstab bereits im Juni gebildet

Anfang Juni wurde im Amt bereits ein zwölfköpfiger Einsatzstab gebildet, der sich regelmäßig trifft, im Austausch mit Fachberatern stehe



Vor allem Stromausfälle werden in der Energiekrise gefürchtet.

FOTO:
JULIAN
STRATENSCHULTE/DPA

und auf 25 Mitarbeiter erweitert werden soll. Noch sei man in vielen Punkten bei der Abfrage sämtlicher Gegebenheiten im kommunalen, wirtschaftlichen und privaten Bereich. Klar sei schon jetzt: Nicht alles werde man am Laufen halten können, so Fründt. Auf der Prioritätenliste ganz oben: Amts- und Kurverwaltungen, Feuerwehrgerätehäuser, zentrale Arztpraxis und Apotheke, Pflegedienste. Dazu gibt es in dieser Woche Gesprächsrunden mit den sieben Ärzten des Amtesbereiches, den Schulen und Kitas, den Lebensmittelunternehmen und der Tankstelle. Entschieden ist schon, wo es zwischen Zirkow und Thiesow eine Zentralapotheke für die medizinische Versorgung geben wird. Das ist wegen ihrer Lage die Apotheke in Sellin.

In der Amtsverwaltung in Baabe wird im Krisenfall eine Kita eingerichtet, um die Arbeitsfähigkeit des Stabes aufrechterhalten zu können.

Dort werden die Kinder der Mitarbeiter betreut und beschult, wofür eine Erzieherin abgestellt werden soll, so Fründt. Das betreffe rund 15 bis 22 Kinder.

Erste mobile Tankstelle angeschafft

Für die Einrichtung von Wärmerstuben beziehungsweise Notunterkünften laufen derzeit die Anfragen an die Gemeinden. Es sei von Vorteil, dass es im Amtsbereich mehrere große Einrichtungen gibt, wie beispielsweise die Schulen in Göhren, Sellin und Gager, die Nordperdhalle in Göhren oder den Selliner Jugendclub. Aber auch die Unterbringung in Hotels und Pensionen werde geprüft. Zusätzliche Sozialtrakte in Form von WC-Containern und Sicherheitsdienstemüssen zudem gestellt werden. Letztere werden im Krisenfall auch für mobile Tankstellen eingeteilt. Die erste Anlage für 1000 Liter Kraftstoff wurde bereit angeschafft. Derzeit werde der Verbrauch von Fahrzeugen der kritischen Infrastruktur erfasst. „Im Falle eines ganzen Tages oder nur für bestimmte Botendienste, wenn zum Beispiel der Mobilfunk ausgefallen ist.“

Satellitentelefonanlage für Einsatzkräfte

Um dann die Kommunikation mit der Leitstelle und den Einsatzkräften aufrechtzuerhalten, soll in Absprache mit dem Landkreis eine Satellitentelefonanlage bereitstehen. Derzeit seien zwei Funkgeräte im Einsatz, die im Tetranetz arbeiten können. Das Tetra-Digitalfunknetz ist ein Mobilfunk-Netz, das für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk betrieben wird.



Die älteren Menschen kennen das ja noch, gerade hier in Insellage. Aber die junge Generation ist es gewohnt, dass alles zu jeder Zeit verfügbar ist.

Arne Fründt

Leitender Verwaltungsbeamter
Mönchgut-Granitz
und Amtswehrführer

Diese beiden Funkgeräte seien nach dem großen Hochwasser 1995 angeschafft worden und hätten bereits viel geholfen, weiß Fründt, der auch Amtswehrführer ist.

Im gesamten Amtsbereich wird es in den Gemeinden „Leuchttürme“ als zentrale Anlaufpunkte geben, wo Diensthabende jederzeit zu erreichen sind. An sie können sich Hilfesuchende wenden, wenn zum Beispiel im Falle eines Herzinfarktes ein Notruf abgesetzt werden muss. Wie schnell es bei einem Ernstfall brenzlig werden kann, habe man beim Sturmtief im Februar erlebt. Durch den längeren Stromausfall in Sellin musste die Feuerwehr einen Sauerstoff-Patienten mit Strom versorgen, bis der Rettungsdienst kam.

Trinkwasserbrunnen installieren

Ein weiteres Thema ist auch die Installation von Trinkwasserbrunnen. Jeder könne aber selbst einiges zur Selbstvorsorge für den Katastrophenfall tun, so Fründt. Taschenlampen, Batterien, Kerzen, Wasser, Getränke, Lebensmittel in Dosen, Hygieneartikel, Medikamente und Bargeld sollten beispielsweise in jedem Haushalt vorrätig sein. Gut wären auch eigene Netzersatzanlagen oder Kocher mit Gaskartuschen. Auf der Internetseite des Amtes sind dazu Informationen vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu finden.

Es gehe nicht darum, Panik zu schüren oder zu Hamsterkäufen aufzurufen, sondern auf eine Krise gefasst und dafür gewappnet zu sein, betont Fründt. „Die älteren Menschen kennen das ja noch, gerade hier in Insellage. Aber die junge Generation ist es gewohnt, dass alles zu jeder Zeit verfügbar ist.“



Das Amt Mönchgut-Granitz hat eine mobile Tankstelle für 1000 Liter Kraftstoff angeschafft.

FOTO: GERIT HEROLD